

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

P R O T O K O L L

der 25. Sitzung

Datum: 2. Dezember 2013

Zeit: 18.00 – 22.15 (mit Pause)

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Präsident Daniel Peter

Protokoll: Ratssekretär Willi Bleiker

Anwesend: 34 Mitglieder

Entschuldigt: Stefan Fehr (krank)
Hans-Jürg Hiltbrand (Notfall)

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 24. Sitzung vom Montag, 30. September 2013
3. Interpellation Benjamin Baumgartner (SVP) und Mitunterzeichnende - "Kleinkinderbetreuungsbeiträge" - Begründung
4. Postulat Paul Christ (NIO@GLP) und Mitunterzeichnende - "Ökologisches Bauen in Opfikon" - Begründung
5. Postulat Tan Birlesik (SVP) - "Ortsbus 762" - Begründung
6. Wahlbüro, Ersatz für Werner Seebacher, Jasmina Kahina Cherafa, Simon Bleiker
7. Landverkauf Kat.-Nr. 8417, Fallwiesen, maximal 3'300 m² Stadt Opfikon an HEIDENBAUER SUISSE Immobiliengesellschaft mbH - Genehmigung Kaufvertrag und Kaufsvertrags
8. Städtische Liegenschaften / Schulanlage Glattpark - Bewilligung eines Kredites von CHF 74'400'000 für den Neubau eines Primarschulhauses im Glattpark
9. Genehmigung Voranschlag 2014 und Festsetzung des erforderlichen Steuersatzes

1. Mitteilungen

1.1 Personelles**B5.1.3**

Stadtrat Anton Steiner lässt sich wegen Aufenthalt im Ausland entschuldigen.
Stadtschreiber Hansruedi Bauer lässt sich wegen Grippe entschuldigen.

Daniel Peter begrüsst Walter Bickel als neuen Leiter der Abteilung Gesellschaft.

1.2 Eingegangene Post**B5.1.1**

Der Ratsvorsitzende Daniel Peter verliest die eingegangene Post, die in der Aktenaufgabe einsehbar war:

- SR 2013-263 - Finanzplan 2013 - 2017 - Genehmigung
- Schulpflege Opfikon - Schulzahnpflege - Schulzahnklinik - Gemeindebeitrag - verfeinertes Regulativ
- Schulpflege Opfikon - Turnhallenbelegungen im Wintersemester 2013/2014

2. Protokoll der 24. Sitzung vom 30. September 2013

Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

**3. Interpellation Benjamin Baumgartner (SVP) und Mitunterzeichnende -
"Kleinkinderbetreuungsbeiträge " - Begründung****F6.3.2**

Benjamin Baumgartner (SVP) begründet im Rat seine Interpellation. Er bittet um die Beantwortung von Fragen zu den Auswirkungen auf die Kosten für die Stadt Opfikon aufgrund der Änderung der Verordnung über die Alimentenbevorschussung, Überbrückungshilfe und Kleinkinderbetreuungsbeiträge (KKBB) per 1. Januar 2013.

Der Stadtrat hat gemäss Art 47 der Geschäftsordnung des Gemeinderates die Interpellation innert dreier Monate nach der Begründung zu beantworten. Über die von der Interpellation berührte Angelegenheit wird nicht Beschluss gefasst.

**4. Postulat Paul Christ (NIO@GLP) und Mitunterzeichnende -
"Ökologisches Bauen in Opfikon" - Begründung****B1.1/S2.3.1**

Paul Christ (NIO@GLP) begründet im Rat sein Postulat. Er bedankt sich für die bereits vom Stadtrat beschlossene Entgegennahme. Im Zusammenhang mit der Energiewende und dem haushälterischem Umgang mit Ressourcen

kommt dem Bereich Gebäude eine entscheidende Bedeutung zu. Demzufolge sollte ökologisches Bauen in Opfikon gefördert werden. Das Postulat soll als Input dienen, um ökologische Anreize durch den Stadtrat zu schaffen. Opfikon soll eine Leuchtturmfunktion als Energiestadt wahrnehmen. Er bittet den Stadtrat um entsprechende Berichterstattung.

Der Stadtrat hat bis zur nächsten Gemeinderatssitzung zu erklären, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag ist schriftlich zu begründen (Art. 45 Geschäftsordnung Gemeinderat).

5. Postulat Tan Birlesik (SVP) - "Ortsbus 762" - Begründung V2.2.3

Tan Birlesik (SVP) begründet im Rat sein Postulat im Zusammenhang mit dem Ortsbus 762. Er möchte etwas Effizienz in den Busbetrieb bringen. Er bittet den Stadtrat zu prüfen, ob nahe liegende Haltestellen (ca. 160 m Distanz) aufgehoben und Routen (Bereich Glatthofstrasse) angepasst werden können, damit der Anschluss auf die S5 gewährleistet werden kann. Dieses Anliegen soll der nächsten Fahrplankonferenz unterbreitet werden.

Der Stadtrat hat bis zur nächsten Gemeinderatssitzung zu erklären, ob er bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Ein Ablehnungsantrag ist schriftlich zu begründen (Art. 45 Geschäftsordnung Gemeinderat).

6. Wahlbüro, Ersatz für Werner Seebacher, Jasmina Kahina Cherafa, Simon Bleiker für den Rest der Amtsperiode 2010/2014 A.1.A

Infolge des Wegzugs von Werner Seebacher (NIO@GLP) und Jasmina Kahina Cherafa (SP) und dem Studium im Ausland von Simon Bleiker (SP) sind drei neue Mitglieder des Wahlbüros für den Rest der Amtsperiode 2010/2014 zu wählen. Die Interfraktionelle Konferenz, vertreten durch Björn Blaser (FDP), schlägt vor:

- Martina Leu (NIO@GLP)
- Fatlum Kastrati (SP)
- Yvonne Ehrensberger (SP)

Der Wahlvorschlag wird nicht vermehrt. Die Vorgeschlagenen werden vom Ratspräsidenten als gewählt erklärt.

Mitteilung durch Protollauszug an:

- den Gewählten (durch Wahlanzeige)
- Bezirksrat
- Stadtrat
- Stadtkanzlei
- Lohnbuchhaltung

**7. Landverkauf Kat.-Nr. 8417, Fallwiesen, maximal 3'300 m² Stadt
Opfikon an HEIDENBAUER SUISSE Immobiliengesellschaft mbH
- Genehmigung Kaufvertrag und Kaufsrechtsvertrag L2.2.8**

Josef Gander, Sprecher der Rechnungsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Landverkauf des Grundstücks Kat.-Nr. 8426. Dieses liegt im Gebiet Böschenwiesen/Fallwiesen. Für die geplante Erweiterung des Autohauses Schmohl AG liegt eine Machbarkeitsstudie vor. Die erwerbende Partei wird die Detailplanung unmittelbar nach Genehmigung des Vertrages durch den Gemeinderat Opfikon starten. Für das im heutigen Zeitpunkt vorgesehene Bauvorhaben mit einem Flächenmass von 3'000 m² liegt ein durch das Notariat Wallisellen aufgesetzter und den üblichen Vertragsformen entsprechender Kaufvertrag vor. Aufgrund der noch nicht eindeutig definierten Bedarfsfläche der erwerbenden Partei wurde zudem ein Kaufsrechtsvertrag für weitere maximal 300 m² aufgesetzt.

Der Verkaufspreis wurde aufgrund einer veranlassten Verkehrswertschätzung durch die Zürcher Kantonalbank auf CHF 1'250 pro m² festgesetzt. Aus der Veräusserung des Baulandes resultiert somit eine Desinvestition von CHF 3,75 Mio. (Basis 3'000 m²). Als Differenz zwischen dem Verkaufspreis und dem Buchwert von CHF 1.77 Mio. sowie unter Berücksichtigung der errechneten Grundstückgewinnsteuer inklusive der Notariats- und Grundstückgebühren von rund CHF 330'000 resultiert ein Buchgewinn von rund CHF 1.65 Mio.

Die RPK befürwortet den Verkauf dieses Grundstücks, das zu einem guten Preis verkauft werden kann. Dem Stadtrat gestellte Fragen bezüglich rechtlicher Bedenken wurden zu ihrer Zufriedenheit beantwortet.

Die RPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig mit 5:0 der Veräusserung von mindestens 2'500 m² bis maximal 3'300 m² des Grundstücks, Kat.-Nr. 8417 in Fallwiesen, zu CHF 1'250 pro m², zuzustimmen.

Finanzvorstand Valentin Perego dankt für die speditive und positive Behandlung des Geschäfts. Der Kaufvertrag steht unter Vorbehalt der Genehmigung des Geschäfts durch den Gemeinderat und eines allfälligen fakultativen Referendums. Es gibt der Firma Heidenbauer die Möglichkeit, die Investition des ersten Landkaufs abzusichern. Das vorgesehene Projekt ist innerhalb der in diesem Gebiet vorhandenen Plangestaltungspflicht möglich. Das Kaufrecht wurde eingebaut, um die komplizierte Situation in beiderseitigem Interesse zu lösen.

Der Antrag der RPK wird ohne weitere Wortmeldung genehmigt.

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

7. Landverkauf Kat.-Nr. 8417, Fallwiesen, maximal 3'300 m² Stadt Opfikon an HEIDENBAUER SUISSE Immobiliengesellschaft mbH
- Genehmigung Kaufvertrag und Kaufsrechtsvertrag L2.2.8
-

Der Gemeinderat

- gestützt auf Art. 35 Abs. 7 Gemeindeordnung, den Antrag des Stadtrates vom 23. April 2013, den Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 11. September 2013 und der Diskussion im Rat -

B E S C H L I E S S T :

1. Der Veräusserung von mindestens 2'500 m² bis maximal 3'300 m² des Grundstücks, Kat.-Nr. 8417, in Fallwiesen, zu CHF 1'250 pro m², wird zugestimmt.
 2. Mitteilung an:
 - HEIDENBAUER SUISSE Immobiliengesellschaft mbH, c/o Inspirion AG, Zürcherstrasse 109, 8952 Schlieren
 - Notariat und Grundbuchamt Wallisellen, Zentralstr. 9, 8304 Wallisellen
 - Finanzvorstand
 - Finanzabteilung
 8. **Städtische Liegenschaften / Schulanlage Glattpark - Bewilligung eines Kredites von CHF 74'400'000 für den Neubau eines Primarschulhauses im Glattpark** L2.2.6
-

Marc-André Senti, Sprecher der Rechnungsprüfungskommission, erläutert das Geschäft Schulanlage Glattpark. Er weist darauf hin, dass der Souverän in der Referendumsabstimmung vom 27. November 2011 für den Neubau eines Primarschulhauses im Glattpark einen Kredit von CHF 550'000 für die Durchführung eines Studienauftrages bewilligt hat. Mit dem Siegerprojekt von Ramser Schmid Architekten GmbH, Zürich, ist ein geeignetes Schulhausprojekt ausgewählt worden.

In den letzten Jahren hat sich unsere Stadt und insbesondere der Stadtteil Glattpark sehr stark entwickelt. Momentan stehen in der 2. Bauetappe über 1'500 Wohnungen im Bau oder vor Baubeginn. Die aktuelle Schulraumbedarfsplanung 2013 rechnet per Sommer 2019 mit einer Schülerzahl von 2'058 - 2'226, was einer Zunahme von ca. 30 bis 40% gegenüber heute oder mehr als einer kompletten Schulanlage entspricht. Es zeigt sich, dass die ursprüngliche Reserve im Projekt viel rascher aufgebraucht sein wird als angenommen.

Das mit der Stadt Zürich abgetauschte Grundstück, Kataster-Nr. 8202, ist für den Neubau einer Primarschule vorgesehen. Damit entsteht neuer Schulraum dort, wo mit der grössten Zunahme an Schülern zu rechnen ist. Das geplante Schulhaus ist das einzige öffentliche Gebäude im Glattpark. Die Kostenschätzung des Architekturbüros Ramser Schmid Architekten GmbH rechnet mit Gebäudekosten von CHF 57'227'000 inkl. 8% MWST. Dieser Betrag entspricht einem Genauigkeitsgrad von +/-20% gemäss SIA 102.

Zu den Gesamtanlagekosten sind bereits angefallene sowie noch zu erbringende Leistungen, wie Grundstückskosten, feste Reserve, Wettbewerbskosten, Bauherrenleistungen und Vorbereitungsarbeiten für den Kreditantrag ebenfalls in den Gesamtkredit einzurechnen. Das sind CHF 17'000'000. Somit ist für den Neubau der Schulanlage Glattpark ein Investitionskredit von gerundet CHF 74'400'000 inkl. 8% MWST erforderlich. Die jährliche Nettomehrbelastung der Laufenden Rechnung = Folgekosten beläuft sich auf CHF 9'286'000, wovon der grösste Betrag für die Abschreibungen aufgewendet werden muss.

Voraussichtlich am 18. Mai 2014 soll der Investitionskredit an der Urnenabstimmung sanktioniert werden. Nach einer erfolgreichen Volksabstimmung könnte die Eröffnung des Primarschulhauses Glattpark im Laufe des Jahres 2018 eingeplant werden.

Die RPK nimmt folgendermassen Stellung zum Geschäft:

Der Raumbedarf für den Neubau eines Primarschulhauses im Glattpark ist klar ausgewiesen. Die definitive Lösung der bereits akuten Raumprobleme ist dringend nötig. Der im Hinblick auf die Entwicklung im Glattpark zentrale Standort ist vorteilhaft und entlastet auch die bestehenden Primarschulanlagen Mettlen und Lättenwiesen. Die RPK wünscht, dass in der Objektbaukommission (OBK) mehrheitlich Fachleute mit Wohnsitz in Opfikon vertreten sind und/oder Spezialisten zugezogen werden, welche bei der weiteren Ausarbeitung und Umsetzung des Projektes ein starkes Augenmerk auf Kostenreduktionsmöglichkeiten legen. Die RPK ist der Überzeugung, dass durch geeignete Strukturen Einsparungen möglich sind: Die Baukosten gem. Kostenschätzung (+/-20%) von CHF 57'227'000 sind durch Optimierung auf +0%/-20% von CHF 57'227'000 zu senken. Die RPK wird die weitere Entwicklung eng begleiten, z.B. durch Prüfung der Submissionsausschreibung inkl. Bewertungskriterien, der Auftragsvergabe und durch die periodische Prüfung des Kostenmonitorings. Die RPK wünscht sich eine enge, konstruktive Zusammenarbeit.

Die RPK beantragt dem Gemeinderat, einstimmig (5:0), für den Neubau eines Primarschulhauses im Glattpark einen Bruttokredit von CHF 74'400'000 inkl. 8% MWST zu bewilligen. Der Kredit wird gemäss Art. 8, Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Urnenabstimmung unterbreitet.

Finanzvorstand Valentin Perego bedankt sich für die sehr schnelle Behandlung des Geschäfts und die Zustimmung der RPK. Es ist der höchste je bewilligte Kredit in Opfikon, der die Stadtkasse sicher belasten wird. Dies ist aber für stark wachsende Gemeinden kein ungewöhnliches Phänomen.

Die Schülerprognosen sind nicht einfach zu erstellen, es ist aber mit einer Angleichung der Zahlen im Glattpark mit denjenigen der anderen Quartiere zu rechnen. Das Schulhaus ist nicht nur für den Glattpark, sondern für den Gesamtbedarf der Stadt geplant. Dieser wird bereits nächstes Jahr das vorhandene Angebot überschreiten. Das Schulhaus im Glattpark ist auch wichtig für die Identität des Quartiers, nicht zuletzt deshalb, da es das einzige öffentliche Gebäude ist. Es wurde bei diesem Projekt Wert gelegt auf die öffentliche Wirkung, die Erfüllung der pädagogischen Erfordernisse, die öffentliche Nutzbarkeit von Räumlichkeiten, die Energieeffizienz und die Kosten für Bau und Unterhalt. In Schlieren ist gerade ein vergleichbares Schulhaus mit einem Projektkredit von über CHF 75 Mio. mit einer Dreiviertelmehrheit angenommen worden.

Der Stadtrat ist im Zusammenhang mit den Forderungen der RPK gerne bereit eine offene Information während der Planungs- und Realisierungsphase zu pflegen. Die RPK wird aber nicht direkt Entscheidungen treffen können z.B. bei Organisation, Submission, Kostenplanung. Er versichert, die Kosten genau zu verfolgen. So werden etwa die Richtlinien für die Erstellung von Hochbauten zurzeit überarbeitet.

Stadtrat Valentin Perego bestätigt, dass dieser grosse Sprung notwendig ist, da die Stadt in kurzer Zeit stark gewachsen ist (2002 bis 2018: über 50 %). Die Situation ist vergleichbar mit der starken Wachstumsphase in den 60er-, 70er Jahren als zwei Schulanlagen (Mettlen 1966, Lättenwiesen 1974) gebaut wurden mit entsprechenden finanziellen Engpässen. Er bittet den Rat, die Anträge der RPK und des Stadtrats als Investition in die Zukunft zu genehmigen und in der Volksabstimmung mit Überzeugung zu vertreten.

Schulpräsident Hans Zolliker weist darauf hin, dass eine Arbeitsgruppe der Schule einbezogen war, und im Projekt einbringen konnte, wie eine Schule pädagogisch funktionieren soll. Wichtige Eckpunkte waren die Aussenräume, die die Beheimatung der Kinder ermöglichen sollen und gut gelöst wurden. Die Anordnung der Klassenzimmer und Gruppenräume sind wichtig für den Schulalltag und mit den Vorräumen wirtschaftlich und günstig mit wenig Verkehrsfläche gelöst. Er bedankt sich bei der Liegenschaftenabteilung für die Arbeit und das Engagement und der RPK für den detaillierten, positiven Abschied. Er lädt die Gemeinderäte im Hinblick auf die Volksabstimmung ein, sich eingehend mit dem Projekt auseinander zu setzen. Er bittet um Unterstützung für das Schulhaus Glattpark.

Alex Rüegg (CVP) stellt im Namen der CVP-Fraktion einen Rückweisungsantrag:

Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat mit Antrag vom 27. August 2013 ein Kreditbegehren in Höhe von Fr. 74,4 Mio. für den Neubau eines Primarschulhauses im Glattpark. Es liegt uns heute ein Antrag der RPK vor, dessen mehrseitiger Wortlaut sich von demjenigen des Stadtrates praktisch nicht unterscheidet. Die parteiübergreifend formulierten Sorgen finden darin in substanzieller Sicht zu wenig Beachtung. In lediglich einem kurzen Abschnitt wird

dem Wunsch Ausdruck verliehen, den beantragen Kreditrahmen im Sinne der Kostengenauigkeit +/-20% nicht zu überschreiten, sondern zu unterschreiten.

Die CVP bekennt sich ganz klar zur Notwendigkeit einer Primarschulanlage im neuen Stadtteil Glattpark. Die Schulraumbedarfsplanung 2013 wie auch die aktuelle Bauentwicklung unterstreichen dieses Bekenntnis. Das Sparpotential muss nachvollziehbar ausgewiesen werden. Insbesondere wollen wir Transparenz, welche Konsequenzen mögliche Sparrunden haben. Keinesfalls dürfen diese zu Lasten elementarer Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler sowie des Lehrkörpers gehen. Wir wollen nicht, dass diese Kreditvorlage als Spielball dient – wie es in den vergangenen Tagen bereits geschehen ist – und mit exorbitanten Summen von über 90 Millionen Franken „gehandelt“ wird. Wir müssen solchen Redewendungen die Grundlage entziehen und deshalb in den Erwägungen wie auch im Antrag klare Verhältnisse schaffen. Alles andere ist unseriös und nicht zielführend. In diesem Sinne sind wir auch bereit, über den Kreditrahmen – auch notfalls noch oben - nochmals zu befinden, wenn wir hieb- und stichfest von begründeten Fakten ausgehen können.

Die CVP wünscht einen Antrag der RPK, der sich im Detail mit allen Summen des Baukostenplans befasst und im Einvernehmen mit dem Stadtrat und den zuständigen Fachpersonen begründet festlegt, welche Positionen zu reduzieren sind, ohne dass elementare Normen der Sicherheit sowie baurechtliche Vorschriften geknackt werden. Es sind Grundlagen für ein straffes Baukosten-Management aufzuzeigen. Im Sinne der Gewaltenteilung ist dies aber Aufgabe des Stadtrates und nicht der RPK. Ein regelmässiges, solides Reporting an die RPK ist aber wünschbar.

Aus diesen Gründen beantragen wir Rückweisung der Vorlage zur erneuten Beratung all unserer Kritikpunkte und Antragsstellung an die RPK. Wir bitten um Zustimmung.

Paul Christ (NIO@GLP) fragt, ob die CVP Angst vor der Demokratie habe und vor einer Abstimmung. Er traut dem Stimmvolk zu, dass es differenziert abstimmt. Er fragt, ob bei einer Annahme des Rückweisungsantrags, das Projekt nicht zu lange verzögert würde und zusätzliche Provisorien notwendig werden.

Peter Bühner, RPK-Präsident, zeigt sich überrascht über den Rückweisungsantrag. Er garantiert, dass mit den Architekten sehr intensiv auf der Basis von Kennzahlen diskutiert wurde. Dass der Betrag als Kostendach verstanden wird, darüber herrscht Einigkeit. Die RPK garantiert Einsicht in das Projekt.

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

Haci Pekerman (SP) wundert sich über den Antrag der CVP und weist auf die Dringlichkeit des Projekts hin.

Richard Muffler (SVP) ist überrascht über den Antrag der CVP. Er zweifelt an den Möglichkeiten der RPK, bei den Kosten zu kürzen. Im Gespräch mit Schulpräsident Hans Zolliker hat er festgestellt, dass die Kosten genau erhoben wurden. Er weist auf die Differenz des Kredits von +/-20 % und dem RPK-Antrag, der einen Fixbetrag beinhaltet. Er ist der Meinung, dass die Zahlen gemäss Normen erstellt wurden und nur eine Etappierung eine Kostenverteilung ermöglicht.

Franziska Driessen-Reding (CVP) betont, dass sich der Antrag nicht gegen das Bauvorhaben richtet, sondern dass der Zusatz der RPK nicht genügt und die Kosten genauer erhoben werden sollen.

Alex Rüegg (CVP) betont, dass detailliertere Angaben notwendig sind. Es sollen klarere Verhältnisse geschaffen werden.

Daniel Peter (FDP) weist darauf hin, dass heute Kostenschätzungen mit einem Bereich von +/-15 % üblich sind.

Stadtrat Valentin Perego bemerkt, dass der einstimmige Abschied der RPK den Stadtratsantrag unterstützt. Die Hinweise der RPK werden sicher Ernst genommen. Der Stadtrat hat ebenfalls kein Interesse, den Kredit zu überschreiten. Das Projekt wird bewusst mit einer Kostenschätzung vorgelegt. Falls das Projekt wider Erwarten abgelehnt würde, wären Kosten und Zeit (ca. 1 Jahr) für die Detailprojektierung nicht verloren. Der Preis für dieses Vorgehen ist dafür eine geringere Kosten-Genauigkeit. Diese beträgt +/-20 % im Vergleich zu einer Detailprojektierung mit +/-5-10 %. Die reinen Baukosten betragen rund CHF 57 Mio., der Rest sind wie erwähnt weitere Kosten (Land-erwerb etc.). Es stellt sich die Frage, was die RPK genauer anschauen soll, da die Kennzahlen nicht genauer gefasst werden können. Er bittet, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Heinz Ehrensberger (SP) gibt Richard Muffler (SVP) in Bezug auf die Möglichkeiten der RPK Recht. Er wird den Verdacht nicht los, dass eine gewisse Angst vor der Volksabstimmung besteht. Er glaubt nicht, dass eine allfällige Differenz von z.B. CHF 69 zu CHF 74 Mio. einen Unterschied beim Abstimmungsresultat ergeben und nimmt an, dass vielmehr der Entscheid für oder gegen ein Schulhaus entscheidend sein wird. Er glaubt ebenfalls nicht, dass die Rückweisung viel erbringt und spricht sich dagegen aus. Er unterstützt den Antrag der RPK. Dieser unterstützt klar den Stadtratsantrag ergänzt mit dem geäußerten Wunsch nach Information.

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

Tan Birlesik (SVP) weist auf den normalen Weg zur Bearbeitung der Geschäfte hin, bei dem Mängel in Bezug auf die Vorlage dem Fraktionsvertreter in der RPK übergeben werden sollten. Damit könnten diese ausgeräumt werden und ein Rückweisungsantrag wäre unnötig. Er stellt den Nutzen einer Rückweisung in Frage. Falls das Projekt abgelehnt würde, wären Schulhausprovisorien zu erwarten. Er plädiert dafür, dass das Volk abstimmen soll.

Der RPK-Präsident Peter Bühler bestätigt, dass mit der Kostenschätzung ein Kostendach nicht verbindlich festgelegt werden kann. Er verweist aber auf die guten Unterlagen, Ausführungen und Hinweise der Architekten, die begründet erwarten lassen, dass keine Mehrkosten entstehen.

Tobias Honold (NIO@GLP) weist auf die Schwierigkeit hin, dass das Schulhaus zwar teuer, aber im Glattpark ein solches notwendig ist. Ein Rückweisungsantrag könnte nur als Kritik an der RPK aufgefasst werden, die aber ihre Anliegen eingebracht und Zahlen vorgelegt hat. Es soll nicht bei der Bildung der Kinder gespart werden. Es sind zudem keine besseren Alternativprojekte vorhanden. Auch wenn jemand gegen das Schulhaus ist, müsste er ja stimmen, damit das Volk entscheiden kann.

Richard Muffler (SVP) stellt klar, dass die SVP-Fraktion gegen das Schulhaus im Glattpark sei, sie aber die Vorlage dem Volk zur Abstimmung vorlegen möchten.

Alex Ruegg (CVP) weist darauf hin, dass dies ein Grund für den Rückweisungsantrag ist.

Ratspräsident Daniel Peter schreitet zur Abstimmung über den Bruttokredit für das Schulhaus Glattpark und bringt zuerst den Rückweisungsantrag zur Abstimmung.

Der Rückweisungsantrag von Alex Rüegg (CVP) wird mit grossem Mehr verworfen.

Dem Bruttokredit für das Schulhaus Glattpark wird mit 23:11 Stimmen zugestimmt

8. Städtische Liegenschaften / Schulanlage Glattpark - Bewilligung eines Kredites von CHF 74'400'000 für den Neubau eines Primarschulhauses im Glattpark

L2.2.6

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 27. August 2013, den Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 14. November 2013, der Diskussion im Rat, sowie in Anwendung von Art. 36, Ziff. 4 der Gemeindeordnung

BESCHLIESST:

1. Der Bruttokredit für den Neubau eines Primarschulhauses im Glattpark von CHF 74'400'000 inkl. 8% MWST wird bewilligt.
2. Die Kreditsumme erhöht oder ermässigt sich im Rahmen der Baukostenentwicklung zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlages (Preisbasis April 2013) und der Bauausführung.
3. Der Kredit wird gemäss Art. 8, Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Urnenabstimmung unterbreitet.
4. Mitteilung an:
 - Stadtrat
 - Ramser Schmid Architekten GmbH, Pfingstweidstrasse 31a, 8005 Zürich
 - Büro für Bauökonomie AG, Mark Schürmann, Zähringerstrasse 19, 6003 Luzern
 - Planpartner AG, Stephan Schubert, Obere Zäune 12, 8001 Zürich
 - Schulpräsident
 - Finanzvorstand
 - Schulpflege
 - Leiter Schulverwaltung
 - Schulverwaltung
 - Finanzabteilung
 - Liegenschaftenverwaltung

**9 Genehmigung Voranschlag 2014 und Festsetzung
des erforderlichen Steuersatzes****F4.6.7****EINTRETENSDEBATTE**

Ratspräsident Daniel Peter erteilt dem RPK-Präsidenten das Wort zur Eintretensdebatte.

RPK-Präsident Peter Bühler erläutert, dass der Voranschlag 2014 vom Stadtrat am 8. Oktober 2013 verabschiedet und umgehend der RPK zur Verfügung gestellt wurde.

Die RPK hat den Voranschlag 2014 ausführlich geprüft und dem Stadtrat 94 schriftliche Fragen (Vorjahr 154) zur Beantwortung übermittelt. Zusammen mit den Exekutiv-Mitgliedern und den Abteilungsleitenden wurden die Antworten anschliessend diskutiert und ergänzt. Die RPK dankt allen Beteiligten für ihr grosses Engagement und für die erteilten mündlichen und schriftlichen Auskünfte.

1. Laufende Rechnung

Der Stadtrat präsentiert bei gleich bleibendem Steuerfuss von 99% für das Jahr 2014 ohne Vornahme zusätzlicher Abschreibungen im Gemeindegut einen Aufwandüberschuss von CHF 4.4 Mio. Gegenüber dem budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 2.5 Mio. im Vorjahr bedeutet das eine Resultatverschlechterung von CHF 1.9 Mio. Das Investitionsvolumen im Verwaltungsvermögen von CHF 25.4 Mio. kann durch den resultierenden Cashflow (3.0 Mio.) bei weitem nicht aus eigenen Mitteln finanziert werden (Selbstfinanzierungsgrad 12%).

Die aktualisierte Hochrechnung prognostiziert per Ende 2013 eine Verbesserung gegenüber dem Voranschlag von rund CHF 0.6 Mio. Somit wird die Laufende Rechnung mutmasslich mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1.9 Mio. abschliessen. Die Ergebnisverbesserung ist vor allem auf diverse Steuermehrerträge sowie investitionsbedingt tiefere Abschreibungen zurückzuführen.

Hingegen sorgen die Rückstellungsbildung für die Finanzkraftabschöpfung, die Verschiebung der budgetierten Buchgewinne aus Liegenschaftsverkäufen in andere Rechnungsjahre sowie die Mindererträge bei den Pflögetaxen und den Beiträgen der Gemeinden (Alterszentrum) für einen insgesamt geringen Aufwandüberschuss.

Gemäss Finanzplanung für die Jahre 2013/2017 werden klar ungenügende Cashflows (ohne spezialfinanzierte Bereiche) von lediglich CHF 6.8 Mio. prognostiziert. Das Investitionsprogramm weist ein Gesamtvolumen von CHF 147.8 Mio. auf. Der daraus resultierende Selbstfinanzierungsgrad zeigt, dass die geplanten Investitionen im Verwaltungsvermögen nur zum kleinsten

Teil aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Das Gesamtbild zeigt eine schwierige Herausforderung. Es ist offensichtlich, dass nur eine überraschend deutliche Erholung der zukünftigen Abschlüsse der Laufenden Rechnungen eine drastische Erhöhung des Steuerfusses verhindern könnte.

Im Voranschlag 2014 ist beim Nettoaufwand die Schule mit CHF 27.4 Mio. an erster Stelle. Das sind CHF 1.0 Mio. oder 3.9% mehr als im Vorjahr. Die stetige Steigerung der Anzahl Klassen sowie externe Faktoren, welche die Schule gar nicht beeinflussen kann, tragen dazu bei.

Die RPK wünscht sich, dass in Zukunft nicht vorgeschriebene Angebote und Leistungen kritisch hinterfragt werden.

An zweiter Stelle folgt das Sozialamt mit einem Nettoaufwand von CHF 18.3 Mio. (Vorjahr CHF 16.2 Mio., +12.9%). Im Bereich der Zusatzleistungen werden Mehraufwendungen als Folge der Zunahme an Anspruchsberechtigten auf Ergänzungsleistungen erwartet. Ebenso werden Mehraufwendungen im Bereich der wirtschaftlichen Sozialhilfe erwartet. Die Tendenz beim Sozialamt ist nach wie vor steigend und damit natürlich äusserst unerfreulich. Wie bei der Schule ist auch beim Sozialamt vieles von Bund und Kanton bestimmt und lässt beinahe keinen Handlungsspielraum zu.

Personalaufwand

Im Vergleich zur Jahresrechnung 2012 ist eine Erhöhung von rund CHF 5.9 Mio. oder +20% (bzw. +9.8% im Vergleich zum Voranschlag 2013) zu verzeichnen. Innerhalb des budgetierten Personalaufwandes beträgt die Lohnsumme ca. CHF 28.2 Mio., was einem Anteil von 79.3% entspricht. Der Rest beinhaltet feste Entschädigungen, Tag- und Sitzungsgelder, Sozialversicherungsbeiträge (AHV, ALV, BVG, UVG), Aushilfsentschädigungen, Vikariate sowie Aus- und Weiterbildungskosten.

Die Veränderung im Vergleich mit der Rechnung 2012 wird wie folgt begründet:

- Im Voranschlag 2014 eingerechnete Besoldungsanpassungen von 2.0% (auf effektiver Lohnbasis 2013) gemäss Beschluss Stadtrat vom 03.05.2011, welche nur für die Budgetierung massgebend sind. Der Antrag an den Stadtrat für die definitive Anpassung per 1. Januar 2014 erfolgte im Oktober 2013. Zudem ist die am 2. Oktober 2012 vom Stadtrat bewilligte Lohnquote von 2.0%, für die definitiven, individuellen Stufenanstiege per 1. Januar 2013 zu berücksichtigen.
- Die ausgewiesene Stellenzunahme von 252.38 auf 278.61 (+26.23 Stellen) ist aus dem provisorischen Stellenplan ersichtlich. Zu beachten ist dabei die stichtagbezogene Darstellungsweise. Mit Ausnahme des Alterszentrums (Stellendach vorhanden) und sofern nicht bereits erfolgt, sind neu budgetierte Stellen noch durch die zuständige Instanz zu bewilligen.

- Im Übrigen musste die RPK feststellen, dass im Unterkonto 3650.007 Sanierungsbeträge der BVK von CHF 633'400 budgetiert sind. Diese müssen wir einfach tragen, ohne dass wir darüber entscheiden können, was auch bei vielen anderen Positionen der Fall ist. Die RPK steht hinter der Sanierung der BVK.

Gemeindesteuern

Bei den ordentlichen Steuern im Rechnungsjahr werden CHF 45.0 Mio. ausgewiesen.

Der Ertrag bei den Quellensteuern liegt mit CHF 6.4 Mio. gegenüber der Rechnung 2012 um CHF 3.3 Mio. höher. Diese Annahme basiert auf den aktuellen Halbjahreszahlen 2013.

Die Erträge der Aktiven Steuerauscheidungen werden tiefer erwartet. Waren es in der Rechnung 2012 Einnahmen von CHF 7.4 Mio., sind es im Voranschlag 2013 CHF 5.1 Mio. und im Voranschlag 2014 noch CHF 4.5 Mio. Per Ende 2013 sollten pendente ältere Fälle weitgehend aufgearbeitet sein, weshalb kleinere Erträge zu erwarten sind.

Selbsttragende Institutionen

Die **Abwasserbeseitigung** rechnet mit einem Betriebsvorschlag (Gewinn) von CHF 495'100. Die ordentlichen Abschreibungen betragen CHF 159'000, dies sind CHF 7'000 weniger als im Voranschlag 2013.

Die **Abfallbeseitigung** weist einen Betriebsvorschlag von CHF 4'930 aus. Die ordentlichen Abschreibungen betragen CHF 76'000. Zudem wurden zusätzliche Abschreibungen von CHF 110'000 budgetiert. Mit Beschluss des Gemeinderates vom 1. Juli 2013 wird dieser Bereich neu dem Bauamt angegliedert (bisher Institution 3560 – neues Konto 2040).

2. Investitionsrechnung

2.1 Verwaltungsvermögen

In der Investitionsrechnung im **Verwaltungsvermögen** budgetiert der Stadtrat für 2014 Nettoinvestitionen von CHF 25.4 Mio. (Vorjahr CHF 8.7 Mio.).

Die steuerfussrelevanten Investitionen (Gemeindegut) betragen CHF 25.0 Mio. gegenüber CHF 7.9 Mio. im Voranschlag 2013. Sie steigen damit um CHF 17.1 Mio.

Der grösste Teil der im Jahr 2014 geplanten Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen (CHF 25.4 Mio.) betrifft wiederum die Liegenschaftenverwaltung mit CHF 19.1 Mio. Die grössten Positionen: Die Neue Primarschulanlage (14.1 Mio.) sowie die Schulraumprovisorien (3 Mio.).

Die höchsten Ausgaben im Bauamt sind für die Abdichtung Überdeckung Bahnhof Opfikon (1.37 Mio.) und für den Unterhalt der Gemeindestrassen (Boulevard Lilienthal/Ergänzungen und Sanierungen (CHF 0.7 Mio.), Dreispitz/Neugutstr. (CHF 0.57 Mio.), Dorf-/Oberdorfstr. (0.5 Mio.)) budgetiert.

Das abschreibbare Verwaltungsvermögen (inkl. spezialfinanzierte Bereiche) wird Ende 2014 CHF 58.0 Mio. betragen. Trotz Abschreibungen von CHF 6.8 Mio. (ohne zusätzliche Abschreibungen) wird sich der mutmassliche Buchwert des gesamten Verwaltungsvermögens aufgrund der nach wie vor hohen Nettoinvestitionen um CHF 18.5 Mio. gegenüber der Hochrechnung 2013 von CHF 50.3 Mio. auf CHF 68.8 Mio. erhöhen.

2.2 Finanzvermögen

In der Investitionsrechnung im **Finanzvermögen** werden Nettoeinnahmen in der Höhe von CHF 13.2 Mio. für das Jahr 2014 erwartet (Vorjahr Ausgabenüberschuss CHF 6.2 Mio).

Zusammenfassend können wir feststellen, dass

- der Voranschlag 2014 mit einem **Aufwand**-Überschuss von CHF 4'383'400 abschliesst.
- im Vergleich zur Rechnung 2012 der Sachaufwand um CHF 0.7 Mio. oder 3.5% und der Personalaufwand um CHF 5.9 Mio. oder fast 20% ansteigen.
- ein Cashflow (= Bruttoüberschuss oder Gewinn vor Abschreibungen) von CHF 3.0 Mio. erwirtschaftet wird.
- die Investitionen im Verwaltungsvermögen mit CHF 25.4 Mio. um CHF 16.7 Mio. über dem Wert des Voranschlages 2013 liegen. Insgesamt weist der Finanzplan für die Jahre 2013 - 2017 Investitionen von Total CHF 147.8 Mio. aus.
- das Investitionsvolumen im Verwaltungsvermögen bei weitem nicht aus eigenen Mitteln aus der Laufenden Rechnung finanziert werden kann. Der Selbstfinanzierungsgrad (SFG) liegt bei 12%.
- gemäss Finanzplanentwurf für die Jahre 2013 – 2017 die Steuererträge deutlich höher prognostiziert werden als noch im Vorjahr. Am Grundproblem, dass die Cashflows der nächsten Jahre auf völlig ungenügendem Niveau verharren (CHF 6.8 Mio.), vermag dies aber nichts zu ändern. Das Investitionsprogramm weist ein gewaltiges Gesamtvolumen von CHF 147.8 Mio. auf. Der daraus resultierende Selbstfinanzierungsgrad zeigt, dass die geplanten Investitionen im Verwaltungsvermögen nur zum kleinsten Teil aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Das Gesamtbild zeigt eine schwierige Herausforderung. Es ist offensichtlich, dass nur eine überraschend deutliche Erholung der zukünftigen Abschlüsse der Laufenden Rechnung eine drastische Erhöhung des Steuerfusses verhindern könnte.

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

- der Stadtrat für 2014 den Steuerfuss auf 99% belassen will.
- der Aufwandsüberschuss das Eigenkapital um CHF 4.4 Mio. auf neu CHF 59.9 Mio vermindert.

Die RPK ist der Meinung, dass

- sich die finanzielle Lage der Stadt Opfikon verschlechtert hat.
- der Stadtrat und die Verwaltung bereits in der Ausarbeitung des Voranschlages 2014 grosse Einsparungen getätigt haben.
- wir auf eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und der Verwaltung zählen konnten.

Als RPK-Präsident möchte ich mich auch bei meinen Mitgliedern bedanken. Josef Gander als erfahrenes RPK-Mitglied hat immer wieder Erklärungen abgegeben. Stefan Fehr ist derjenige, der viel Wissen über die Stadt Opfikon hat. Marc-André Senti bedeutet der Glattpark und das Wohl unserer Stadt sehr viel. Ueli Weidmann der mit den Zahlen elektronisch gekonnt jongliert und verschiedenste Vergleiche produzierte.

Im Namen der RPK beantragt der Präsident, auf den Voranschlag 2014 einzutreten.

Der Ratspräsident bedankt sich beim RPK-Präsidenten und gibt das Wort dem Stadtrat.

Stadtrat Valentin Perego bedankt sich für die Zusammenarbeit mit der RPK und macht einige Hinweise: Die Ausgangslage ist gut. Die Bilanz Ende 2012 ist gesund und hat sich mit Blick auf die Vorjahre verbessert. Eigenkapital und Verschuldung sind auf gutem Niveau. Die Hochrechnung 2013 ergibt ein um ca. CHF 0.6 Mio. besseres Gesamtergebnis. Eigenkapital und Verschuldung sind weiterhin gut. Das Nettovermögen dürfte aber leiden. Die Steuererträge sind gemäss Hochrechnung allerdings noch nicht auf Budgetstand.

Beim Voranschlag 2014 sind die Steuererträge wie 2013 budgetiert. Die Abschreibungen steigen aufgrund der Investitionen. Der Cashflow bleibt mit CHF 2.1 Mio. ungenügend. Der Betriebsaufwand steigt seit einigen Jahren stetig. Der Stadtrat hat deshalb Massnahmen eingeleitet, um diesen Trend zu bremsen. Es sind CHF 11.5 Mio. Investitionen budgetiert. Für die CHF 13.5 Mio Übertrag ins Verwaltungsvermögen (Schulhaus Glattpark) sind zwar Abschreibungen notwendig, es fallen aber keine Schulden an. Das Eigenkapital wird durch Abschreibungen belastet. Gleichzeitig steigt das Verwaltungsvermögen stark an, womit das Netto-Vermögen fast aufgebraucht wird. Die Verschuldung bleibt aber auf gutem Niveau.

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

Gemäss Einschätzung des Stadtrats wird in den kommenden Jahren ein mangelnder Cashflow erwartet, der zwar für den laufenden Bedarf, aber nicht für die Abschreibungen reicht. Dies ist mit Blick auf die Investitionen nicht haltbar. Falls der notwendige Cashflow von CHF 12-18 Mio. nicht erreicht wird, ist eine Steuererhöhung nicht zu umgehen. Der Stadtrat verzichtet aber zurzeit auf einen Antrag auf Steuerfusserhöhung auf der Grundlage reiner Prognosen.

Bei der Abwasserbeseitigung ist erstmals Ende 2013 ein bescheidenes Nettovermögen vorhanden. Es sind deshalb keine Veränderungen notwendig. Beim Abfall ist eine ausgeglichene Rechnung budgetiert. Es soll kein weiteres Geld angehäuft werden. Stadtrat Valentin Perego bittet um Eintreten.

Leo Wehrli (SVP) dankt für die Vorbereitungsarbeiten. Für die SVP-Fraktion ist bedauerlich, dass kein ausgeglichenes Budget vorliegt. Der Rat hat die Möglichkeit, dies an der Budgetsitzung zu korrigieren, was er bisher nicht wahrgenommen hat. Das Budget sollte mit dem Auftrag einer Reduktion um 10-15% an den Absender zurück geschickt werden. Der Stadtrat ist nun aber endlich Willens, Massnahmen zur Kosteneindämmung zu ergreifen. Unsere Fraktion predigt dies immer wieder. Warum setzt er dies nicht sofort in die Tat um? Er hätte schon 2014 Einsparungen machen können.

Die SVP-Fraktion hat Mühe mit der RPK-Aussage, dass sich die Situation verschlechtert hat und bereits grosse Einsparungen gemacht wurden. Dieser Sparwille ist nicht erkennbar. So steigen die Kosten der Schule um CHF 1 Mio, beim Sozialen um CHF 2.1 Mio. Die RPK behauptet, dass vieles von Bund und Kanton bestimmt wird und wenig Spielraum besteht. Dies ist falsch. Vor allem bei der Schule ist es möglich, wenn optimiert und nur das Notwendige angeboten wird. Wohlfühlräume und die vielen Unterstützungsmassnahmen sind zu überprüfen. Synergien bei den Schulanlagen sind zu nutzen. So hätten auch Kosteneinsparungen durch die Aufhebung der Grundstufe erreicht werden sollen. Auch der Personalaufwand steigt stetig. Neue Stellen sollen nur besetzt werden, wenn die Notwendigkeit abgeklärt und sämtliche Optimierungen ausgeschöpft sind und möglichst mit dem Wegfall einer anderen Stelle verbunden werden können. Eine Stellenplafonierung ist notwendig. Auch bei der Sozialabteilung sollen alle Sparmassnahmen ausgeschöpft werden.

Bei den Investitionen besteht grosses Optimierungspotential. Mit dem Mittel gebundener Ausgaben werden neuerdings Projekte am Gemeinderat vorbei gelotst. Die Einnahmeseite wird gedrückt und die Ausgabenseite hemmungslos nach oben gehoben. Mit der vorliegenden Prognose müsste die Stadt Opfikon im Jahre 2017 Konkurs anmelden (ein Jahr später als letztes Mal prognostiziert). Es braucht Mut, festzulegen, welche Aufgaben gesetzlich notwendig sind und welche als Wunschbedarf zu bezeichnen sind. Die Ausgaben sollen sich nach den Einnahmen richten. Sparmassnahmen sollen in allen Abteilungen ergriffen werden.

Der Steuerfuss darf in den nächsten Jahren keinesfalls erhöht werden, da dies vor allem für Firmen zu einer Standortverschlechterung führt, was zu Wegzügen führen kann. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Patrick Rouiller, CVP-Fraktionspräsident, beantragt im Namen der Fraktion Eintreten zum Voranschlag 2014 und stimmt der Festsetzung des Steuerfusses in bisheriger Höhe von 99% zu.

Er bestätigt, dass die Veränderungen im Personal- und übrigen Sachaufwand gegenüber der Jahresrechnung 2012 nachvollziehbar, ausführlich kommentiert und im Sinne einer einwandfreien Geschäftsführung grösstenteils unabdingbar sind. Die aufschlussreichen, detaillierten Begründungen haben die Beratung der Budgetpositionen wesentlich erleichtert.

Mit Genugtuung wird zur Kenntnis genommen, dass sich der Stadtrat in allen Budget- bzw. Aufgabenbereichen einmal mehr bemühte, vor allem auch nach intensiven Beratungen mit der RPK, unnötigen Wunschbedarf wegzulassen und noch vorhandenes Sparpotenzial auszureizen. Wie bereits letztes Jahr müssen wir auch in dieser Budgetberatung darauf hinweisen, dass bei der Ausreizung von Sparpotential zum Beispiel bei Einzelpositionen von CHF 500 Grenzen erreicht sind, die - bei sorgfältiger Betrachtung all unserer öffentlichen Pflichten - nicht unterschritten werden dürfen.

Die derzeitigen Finanzperspektiven lassen es leider nicht zu, mit dem Steuerfuss zu spielen, ob nach unten oder nach oben. Die CVP-Fraktion befürwortet deshalb die Förderung eines nachhaltigen Finanzhaushaltes, wie es der Finanzvorstand mit seinen zuständigen Fachpersonen in der Verwaltung anstrebt. Auch er kann ja nicht "hexen" und muss sich den in unserer Stadt gewachsenen Strukturen und Rahmenbedingungen unterordnen. Wir wünschen aber, dass mit klaren und verbindlichen finanzpolitischen Zielen ausgeglichene Rechnungsabschlüsse wenn immer möglich auch inskünftig zu realisieren sind. Investitionen in die Zukunft müssen möglich sein. Sie sind nämlich nachhaltig und finanzierbar, sofern auf unnötigen Wunschbedarf verzichtet wird. Unser recht attraktiver Steuerfuss für Unternehmen und Private ist weiterhin sicherzustellen. Opfikon muss als Wirtschafts- und Wohnstandort konkurrenzfähig sein. Und ganz wichtig, unsere Stadt soll sowohl für kleine wie grosse Unternehmen attraktiv bleiben.

Die CVP-Fraktion dankt dem Stadtrat, der RPK und der Verwaltung für die intensive Bearbeitung des Budgets. Er bittet namens der CVP-Fraktion, den von der RPK gefassten Anträgen zuzustimmen. Sollten sich im Rahmen der Debatte erhärtete Fakten für die Veränderung einzelner jetzt noch nicht bekannter Positionen ergeben, werden wir dies sorgfältig abwägen.

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

Haci Pekerman (SP) spricht sich dafür aus, natürliche Personen zu entlasten und dafür juristische Personen realistisch zu belasten und fragt, ob Zahlen zu den Erträgen der verschiedenen Gruppen vorhanden sind. Er betont, dass es nicht bei den kleinen Budget-Kürzungen liegt, sondern andere Positionen betrachtet werden müssen.

Paul Christ (NIO@GLP) bestätigt, dass die Fraktion für Eintreten ist. Sie steht hinter dem Steuerfuss von 99 % und den Anträgen der RPK.

Stadtrat Valentin Perego nimmt Stellung zur Aussage von Haci Pekerman (SP). Die grossen Steuerzahler werden angeschrieben, um provisorische Zahlen zu den Steuererträgen zu erhalten, damit die Einnahmenseite etwas genauer wird. Bis die Steuerausscheidungen allerdings eintreffen kann es einige Jahre dauern.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen, damit ist Eintreten beschlossen.

Der Ratspräsident unterbricht die Sitzung und lädt den Rat zu einer Pause mit Verpflegung ein.

Der Ratspräsident erteilt das Wort dem RPK-Präsidenten für die Laufende Rechnung.

3. Anträge RPK, Kürzungen und Kommentare

3.1 Laufende Rechnung

Die RPK hat die Laufende Rechnung gründlich durchforstet, um zusätzliche Einsparungen in der Höhe von knapp 0.42 Steuerprozenten (1 Steuerprozent = CHF 454'545.00) generieren zu können.

Die in gutem Geist geführten Gespräche mit den einzelnen Stadtrats-Mitgliedern haben dafür gesorgt, dass bis auf 7 Streichungen sämtliche Änderungen mit dem Einverständnis des Stadtrates erfolgt sind. Für diese Unterstützung, nach einer bereits vorgängig durchgeführten eigenen Sparrunde, möchte sich die RPK beim Stadtrat bedanken. Das Ergebnis der Änderungen sieht wie folgt aus: 23 Kürzungen im Totalbetrag von CHF 191'500.00. Dabei ist der Stadtrat mit 16 Kürzungen im Betrage von CHF 123'500.00 einverstanden.

Seite	Kto-Nr.	Objekt	Reduktion	Betrag neu	
		Laufende Rechnung			
17	1540.3119.000	Übrige Anschaffungen	-CHF 5'000.00	CHF 0.00	SR
17	1540.3130.000	Betriebs- und Verbrauchsmaterialien	-CHF 500.00	CHF 0.00	SR
17	1540.3130.001	Allgemeines	-CHF 1'000.00	CHF 0.00	SR
17	1540.3660.001	Mettlenveranstaltungs-Beiträge	-CHF 5'000.00	CHF 30'000.00	SR
20	2010.3170.000	Repräsentationskosten und Spesen	-CHF 500.00	CHF 500.00	SR
22	2030.3113.000	Anschaffung Betriebsmobiliar	-CHF 10'000.00	CHF 30'000.00	SR
30	3215.3180.002	Spielnachmittage/Veranstaltungen	-CHF 5'000.00	CHF 25'000.00	SR
32	3320.3130.000	Schalterverschönerungen	-CHF 2'000.00	CHF 3'000.00	SR
34	3430.3113.000	Anschaffung Betriebsmobiliar	-CHF 15'500.00	CHF 0.00	SR
35	3440.3090.003	Zivilschutzkleider	-CHF 30'000.00	CHF 0.00	SR
35	3440.3182.001	Telefongebühren	-CHF 1'000.00	CHF 1'000.00	SR
40	3550.3151.000	Unterhalt PC-Ablage	-CHF 14'000.00	CHF 20'000.00	SR
53	5014.3156.003	Unterhalt Computerhardware	-CHF 10'000.00	CHF 18'200.00	SR
55	5018.3156.003	Unterhalt Computerhardware	-CHF 10'000.00	CHF 17'200.00	SR
56	5020.3156.001	Unterhalt Computerhardware	-CHF 10'000.00	CHF 14'400.00	SR
59	5050.3180.000	Dienstleistungen Dritter	-CHF 4'000.00	CHF 28'000.00	SR
		Total Laufende Rechnung	-CHF 123'500.00		

Der Ratspräsident fragt an, ob jemand gegen die Behandlung der 16 Streichungsanträge im Einverständnis mit dem Stadtrat in globo ist.

Die 16 Kürzungs-Anträge Laufende Rechnung der RPK im Einverständnis mit dem Stadtrat werden ohne weitere Wortmeldung genehmigt.

Der Ratspräsident erteilt dem RPK-Präsidenten das Wort für die weiteren Reduktionen

14	1010.3170.000	Repräsentationskosten und Spesen	-CHF 4'000.00	CHF 7'000.00	RPK
----	---------------	----------------------------------	---------------	--------------	-----

RPK-Präsident Peter Bühler beantragt eine Kürzung um CHF 4'000.

Stadtpräsident Paul Remund erklärt, dass es dabei um die Wahlfeier und die Wertschätzung der Gemeinderäte gehe, die sich für das Wohl der Gemeinde einsetzen. Eine Streichung sei ein falsches Zeichen.

Die Kürzung des Kontos 1010.3170.000, Repräsentationskosten und Spesen, um CHF 4'000 wird grossmehrheitlich genehmigt.

17	1540.3186.000 Details: 1540.3180.001 1540.3186.003	Anlässe, Empfänge Bundesfeier Ehrungen	-CHF 4'000.00 -CHF 2'300 -CHF 1'700	CHF 8'000.00 CHF 7'700 CHF 300	RPK RPK RPK
----	---	--	---	--	-----------------------

Der RPK-Präsident beantragt eine Kürzung von CHF 4'000, die mit CHF 2'300 auf die Bundesfeier und mit 1'700 auf die Ehrungen entfallen.

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

Stadtpräsident Paul Remund spricht sich gegen eine Streichung aus, da es der Stadt Opfikon gut ansteht, eine Bundesfeier durchzuführen. Die Bundesfeier soll als Tradition weiter angeboten werden können.

Tan Birlesik (SVP) war erstaunt über die Kürzung. Er betont, dass mit der Kürzung gelebt werden kann, da damit die Infrastruktur finanziert werden kann. Eine Unterhaltung ist aber nicht mehr möglich. Mit der Aufteilung ist er aber einverstanden.

Die Kürzung des Kontos 1540.3180.001, Ehrungen um CHF 1'700 und des Kontos 1540.2180.001 Bundesfeier um CHF 2'300 wird mehrheitlich genehmigt.

25	2066.3180.000	Parkentwicklung	-CHF 6'000.00	CHF 18'000.00	RPK
----	---------------	-----------------	---------------	---------------	-----

Der RPK-Präsident beantragt eine Kürzung von CHF 6'000.

Stadtrat Bruno Maurer erläutert die Notwendigkeit des Betrages für die Parkentwicklung. Damit kann auf die Bedürfnisse der Parkbesucher mindestens in kleinem Ausmass eingegangen werden (Sonnensegel etc.).

Die Kürzung des Kontos 2066.3180.000, Parkentwicklung, um CHF 6'000 wird mehrheitlich genehmigt.

31	3280.3650.001	Verein Freizeitaktion	-CHF 3'000.00	CHF 18'000.00	RPK
----	---------------	-----------------------	---------------	---------------	-----

Der RPK-Präsident beantragt eine Kürzung von CHF 3'000.

Stadtrat Valentin Perego weist darauf hin, dass bereits vor einigen Jahren von CHF 30'000 auf CHF 24'000 und dann vom Gemeinderat nochmals auf CHF 21'000 gekürzt worden war. Mit dem Verein wurde eine Vereinbarung ausgehandelt, die grössere Aktivitäten auch im Zusammenhang mit der Schule anstrebt. Es soll keine weitere Reduktion beschlossen werden, bevor nicht bekannt ist, ob die Aktivitäten erfolgreich sind.

Die Kürzung des Kontos 3280.3650.001, Verein Freizeitaktion, um CHF 3'000 wird mehrheitlich genehmigt.

53	5014.3116.001	Ansch. Schulunterricht App Beamer Lättenwiesen	-CHF 6'000.00	CHF 26'350.00	RPK
----	---------------	---	---------------	---------------	-----

Der RPK-Präsident beantragt eine Kürzung von CHF 6'000.

Schulpräsident Hans Zolliker weist darauf hin, dass bereits in der Schulpflege starke Sparanstrengungen unternommen worden sind, weshalb er sich gegen weitere Kürzungen ausspricht. Es handelt sich um Visualizer und weitere elektronische Ausrüstung, die nicht vollständig beschafft werden könnte.

Die Kürzung des Kontos 5014.3116.001 Ansch. Schulunterricht App Beamer Lättenwiesen um CHF 6'000 wird mehrheitlich genehmigt.

55	5018.3116.004	Turnunterrichtsgeräte Kletterwand	-CHF 25'000.00	CHF 8'600.00	RPK
----	---------------	--------------------------------------	----------------	--------------	-----

Der RPK-Präsident beantragt eine Kürzung von CHF 25'000.

Schulpräsident Hans Zolliker betont, dass sich die Schulpflege aktiv für die Kletterwand einsetzt. Dies deshalb, da damit eine Möglichkeit für ein vielfältiges Training von Gleichgewicht, Kraft und Kondition zur Verfügung steht.

Franziska Driessen-Reding (CVP) erachtet es als wichtig, wenn gut funktionierende Geräte angeboten werden. Dies mit Blick auf viele übergewichtige Kinder. Damit können künftige Gesundheitskosten eingespart werden.

Richard Muffler (SVP) fragt nach, wie viele Lehrpersonen zum Unterricht autorisiert sind, da ein Kletterwand nicht ungefährlich ist.

Schulpräsident Hans Zolliker erachtet den Hinweis auf die Sicherheit als wichtig. Es bestehen aber auch im Aussenbereich Klettermöglichkeiten, die ohne Einschränkung benutzt werden. Klettern würde bereits in der Primarschule mit Sport- aber auch Primarlehrern unterrichtet.

Paul Christ (NIO@GLP) weist auf die alten Kletterwände in den Turnhallen hin und spricht sich gegen eine Vollkaskomentalität aus. Er ist der Meinung der geäusserte Hinweis auf die Bewegung von Kindern ist wichtig und die CHF 25'000 wert.

Tan Birlesik (SVP) zeigt sich verwirrt, da er annahm, dass Klettern nicht mehr im Lehrplan aufgeführt ist. Er fragt nach der Möglichkeit, umliegende Kletterparks und -einrichtungen zu besuchen.

Schulpräsident Hans Zolliker bestätigt, dass noch geklettert wird. Bei der Kletterwand besteht allerdings eine gute Sicherungsvorrichtung mit Übernahme der Verantwortung durch die Kinder. Er bestätigt, dass auch schon Kletterparks besucht worden sind, der Aufwand aber relativ gross ist.

Haci Pekerman betont, dass der Gemeinderat im Moment am falschen Ort klettert: Mit der Kürzung wird am falschen Ort gespart. Sport und Kultur sind wichtig. Es soll bei grösseren Projekten gespart werden.

Der RPK-Präsident Peter Bühler bestreitet die Funktion der Kletterwand als Mittel zum Abnehmen und ist der Ansicht, dass Sparen notwendig ist und auch zu nicht beliebten Massnahmen führt.

Die Kürzung des Kontos 5018.3116.004 Turnunterrichtsgeräte, Kletterwand um CHF 25'000 wird mehrheitlich genehmigt.

66	6100.3142.001	Unterhalt Liegenschaft Schliesszylinder – ein Auszugsgeländer für den Dachausstieg wurde bereits installiert	-CHF 20'000.00	CHF 24'500.00	RPK
----	---------------	---	----------------	---------------	-----

Der RPK-Präsident beantragt eine Kürzung von CHF 20'000.

Stadtrat Valentin Perego weist darauf hin, dass es sich dabei um eine Verfügung des Sicherheitsinspektorats handelt, der nachgekommen werden muss und es sich demnach um eine gebundene Ausgabe handelt. Diese kann zwar hinausgezögert, aber nicht verhindert werden.

Die Kürzung des Kontos 6011.3142.001 Unterhalt Liegenschaft um CHF 20.000 wird mehrheitlich genehmigt.

Mehrertrag, Laufende Rechnung

Peter Bühler beantragt im Namen der RPK und in Rücksprache mit dem Stadtrat die Ergänzung des folgenden Mehrertrages über CHF 30'000.00:

Seite	Kto-Nr.	Objekt	Mehrkosten	Betrag neu	
		Laufende Rechnung			
30	3215.4346.001	Eintritte Frei- und Hallenbad	+CHF 30'000.00	CHF 170'000.00	SR
		Total Laufende Rechnung	+CHF 30'000.00		

Der Mehrertrag des Kontos 3215.4346.001, Eintritte Frei- und Hallenbad von CHF 30.000 wird ohne weitere Wortmeldung genehmigt.

Der Ratspräsident fragt nach weiteren Wortmeldungen zur Laufenden Rechnung.

Richard Muffler (SVP) beantragt für die Konten Dienstleistungen Dritter, 3180, eine pauschale Kürzung um CHF 336'630 mit einem neuen reduzierten Aufwand von CHF 6 Mio. Er betont, dass der Aufwand dieser Kontengruppe trotz den letztjährigen Hinweisen gestiegen statt gesunken ist. Bisher sind keine Massnahmen erfolgt.

Stadtrat Valentin Perego betont, dass mit einer so unspezifizierten Kürzung um mehr als 5 % nicht viel angefangen werden kann. Es kann keine Garantie abgegeben werden, dass eine Wirkung resultiert, da es sich um Servicearbeiten, Reinigungsdienste etc. handelt, die nicht einfach gestrichen werden können. Er bittet den Rat von der Kürzung abzusehen.

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

Richard Muffler (SVP) weist auf die Privatwirtschaft hin, bei der pauschale Kürzungen üblich sind. Für den Gemeinderat ist es schwierig zu erkennen, was in den 3180-Konten steckt. Mit der Zusammenfassung von Dienstleistungen sollen Synergien erreicht werden. Es wird nicht gespart, da die Verwaltung davon ausgeht, dass der Gemeinderat keinen tieferen Einblick hat.

RPK-Präsident Peter Bühler müsste den Sparantrag eigentlich für gut befinden. Die Kommission ist aber daran, die 3180-Konten zu durchforsten. Aus diesem Grund erachtet er es als gefährlich, pauschal zu streichen.

Tobias Honold (NIO@GLP) erachtet die Idee als nicht so schlecht und kreativ. Sie soll als Zielsetzung verstanden werden. Falls sie nicht erreichbar ist, ist nichts verloren.

Die Kürzung der Konten 3180, Dienstleistungen Dritter, um CHF 336'630 auf CHF 6 Mio. wird mit 16:18 abgelehnt.

Richard Muffler (SVP) beantragt für Konto 6530.4220, Erträge aus Wertpapieren, eine Erhöhung von CHF 241'000 auf CHF 1.5 Mio, was 7.2 % des Eigenkapitals der Energie Opfikon AG (EOAG) entspricht. Er begründet dies damit, dass die EOAG von massiven Gewinnen profitiert: Ziel ist es nicht die Stadt zu subventionieren, sondern die Energiekosten für die Verbraucher zu senken. Solange unklar ist, woher die Gewinne der EOAG stammen, ob aus dem privaten Sektor oder dem Kleingewerbe- und Monopolbereich, soll über die Stadt Druck auf die private EOAG gemacht werden. Die Stadt Opfikon als Besitzerin der EOAG kann über den Verwaltungsrat nötigenfalls die Statuten ändern.

Stadtrat Valentin Perego korrigiert, dass CHF 240'000 aus Dividenden der EOAG stammen, der Rest von CHF 1'000 aus anderen Erträgen.

Stadtrat Bruno Maurer zeigt sich nicht erfreut über eine Dividendenerhöhung. Er weist darauf hin, dass dies einen Einfluss auf die Steuern der EOAG haben könnte, die bisher steuerbefreit ist.

Richard Muffler (SVP) betont, dass es ihm um die Offenlegung der Monopoleschäfte geht. Er versteht nicht, warum dies nicht transparent gemacht wird und dem Auftrag, die Leute mit günstiger Energie zu versorgen nachgelebt wird. Sobald dies geschieht, verzichtet er auf seine Forderungen.

Alex Rüegg (CVP) lehnt den Antrag ab, äussert sich aber dafür, dass die EOAG Bericht über die Dividenden-, Gebühren- und , Abgabepolitik erstattet. Zurzeit ist nicht mehr Wertschöpfung für die Stadt Opfikon notwendig.

Stadtrat Valentin Perego betont, dass das Budget nicht der richtige Ort für ein solches Anliegen sei. Es bestehen ein Vertrag und eine Verordnung, die eine Dividende von 6% regeln. Diese Dividende sei wegen der Steuerbefreiung so angesetzt. Er schlägt als richtige Vorgehensweise die Einreichung eines Postulats vor.

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

Tan Birlesik (SVP) unterstützt den Antrag mit dem Hinweis auf die Rechnung der EOAG mit einem Cashflow von CHF 3.3 Mio., einer Zunahme der flüssigen Mittel um CHF 4 Mio., einem Gewinnvortrag 2012 von CHF 15.9 Mio., einem Eigenkapital von CHF 20.8 Mio. und einer Eigenfinanzierung von 50 %. Die EOAG häuft Geld auf Kosten der Stromzahler an.

Stadtrat Bruno Maurer bestätigt, dass Mittel geäußert wurden, da nächstens grosse Investitionen in Form von Unterwerken anfallen. Für die Zukunft ist mit Blick auf das härtere Umfeld ein gutes Polster sinnvoll. Auch er erachtet das Budget als falschen Weg und empfiehlt den parlamentarischen Vorstoss als Mittel für das Gespräch mit dem Stadtrat.

Tobias Honold (NIO@GLP) mahnt als Fachmann zur Vorsicht und überlegtem Handeln, was entsprechende Kenntnisse voraussetzt. Allfällige Auswirkungen von Massnahmen bei der EOAG auch im künftig schwierigeren Umfeld, sind gut zu prüfen und überlegen.

Marcus Müller (SVP) bemängelt, dass fiskalisch der Teufel an die Wand gemalt wird. Falls eine Erhöhung nicht möglich wäre, käme dann ja eine entsprechende Reaktion.

Die Erhöhung des Kontos 6530.4220, Erträge aus Wertpapieren, von CHF 241'000 auf CHF 1,5 Mio. wird mit 16:17 bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Tan Birlesik (SVP) beantragt im Kontenkreis 50, Schule, den Aufwand (CHF29'151'950) und Ertrag (CHF 1'766'300) 2014 auf den Aufwand (CHF CHF 28'135'910) und Ertrag (CHF 1'766'000) des Budgets 2013 zu reduzieren. Er macht Hinweise auf die Kostensteigerungen die eine weitere Erhöhung um knapp CHF 1 Mio. verursachen. Die Schulkosten sind von CHF 18.7 Mio. (2004) auf CHF 27.3 Mio. (VA2013) um 45% gestiegen. Die Schülerzahl ist in der gleichen Zeit um 28% gestiegen. In verschiedenen Bereichen wie Logopädie, Psychomotorik etc. sind in den letzten Jahren hohe Kostensteigerungen zu verzeichnen. Er vergleicht mit Schlieren und Dietikon, die im Gegensatz zu Opfikon mit den Massnahmen markante Verbesserungen bei den Mittelschul- und Berufsschulquoten erreicht haben und fragt nach den Ursachen. Er wünscht eine Vereinheitlichung und Konsolidierung der Schulstrukturen und des Schulangebotes z.B. mit einheitlichen Lehrmitteln. Damit soll nicht bei der Bildung, aber der Organisation gespart werden.

Schulpräsident Hans Zolliker weist darauf hin, dass viele Ausgaben für Logopädie, integrative Sonderschulung, Begabtenförderung etc. vom Gemeinderat bewilligt wurden. Der Gemeinderat hatte immer mittels Budget und Anträgen die Möglichkeit, in Einzelbereichen Einfluss zu nehmen. Zudem ist die Schulpflege als gewählte Behörde politisch legitimiert und in den Parteien verankert. Globale Kürzungen sind schwierig zu handhaben und nicht zielführend.

Tan Birlesik (SVP) bemerkt, dass das demokratische Verständnis des Schulpräsidenten nicht so ausgereift sei und dem Gemeinderat das Recht für Kürzungsanträge zusteht. Es geht nicht um Kürzungen in der Bildung, nicht um Kürzung von Projekten, sondern darum, die Organisation, die Prozesse anzuschauen.

Tobias Honold (NIO@GLP) betont, dass nicht bei der Bildung gespart werden soll, aber Schulausgaben geprüft werden sollen. Er fragt, ob das Anliegen in den demokratischen Prozess, in die RPK, eingebracht worden ist und was die RPK damit gemacht hat.

Die Reduktion des Aufwands und Ertrags des Kontenbereichs 50, Schule, auf die Beträge des Voranschlags 2013 wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Der Ratspräsident Daniel Peter bringt in der Zwischenabstimmung die Genehmigung des Voranschlags der Laufenden Rechnung zur Abstimmung mit Hand erheben.

In der Zwischenabstimmung wird dem Voranschlag 2014 der Laufenden Rechnung mit 29:5 Stimmen zugestimmt.

3.2 Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen VV

Der Ratspräsident erteilt dem Präsidenten der RPK das Wort zum Budget Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen

Der RPK-Präsident erläutert, dass nach intensiv geführten Gesprächen mit dem Stadtrat die RPK folgende Streichungen von CHF 3'942'000.00 beantragt:

89	159.5060.114	ICT, WLAN Alterszentrum Gibeich	-CHF 100'000.00	CHF 100'000.00	RPK
----	--------------	---------------------------------	-----------------	----------------	-----

Der RPK-Präsident beantragt eine Kürzung von CHF 100'000.

Stadtrat Jörg Mäder erläutert, dass das WLAN als Technologie für Vernetzung der Arbeitsplätze, die laufende Erfassung von Personendaten vor Ort, den Patientennotruf, die Telefonie etc. umfasst und viel zur effizienteren Arbeitsweise beiträgt. Daneben besteht natürlich auch die Möglichkeit des Internetzugangs für Bewohner und Besucher. Mit der Kürzung ist es kaum möglich, das WLAN als Arbeitsinstrument einzuführen.

Die Reduktion der Investition auf Konto 159.5060.114, ICT, WLAN-Alterszentrum Gibeich, um CHF 100'000 wird mit 23:8 bei 3 Enthaltungen genehmigt.

91	202.5010.286	Dorf-/Oberdorfstr.	-CHF 500'000.00	CHF 0.00	RPK
----	--------------	--------------------	-----------------	----------	-----

Der RPK-Präsident beantragt eine Streichung der Investition.

Stadtrat Bruno Maurer weist darauf hin, dass die Sanierung wegen der Wasserleitungen und dem schlechten Zustand des Strassenkörpers notwendig ist. Ein Abwarten auf Baustellen in der Nachbarschaft macht keinen Sinn.

Die Streichung der Investition auf Konto 202.5010.286, Dorf-/Oberdorfstr., wird mehrheitlich genehmigt.

92	323.5010.101	Sanierung Kunstr. inkl. Zaun Unter Vorbehalt Zusprennung Sport-fond – Eigenleistung Fussballer	-CHF 90'000.00	CHF 400'000.00	RPK
----	--------------	--	----------------	----------------	-----

Der RPK-Präsident beantragt eine Kürzung um CHF 90'000 und macht auch einen Hinweis auf Eigenleistungen des Clubs.

Stadtrat Valentin Perego macht darauf aufmerksam, dass der Antrag am 17. Dezember im Stadtrat behandelt wird. Der Kreditbetrag liegt in der Kompetenz des Gemeinderates und kommt nächstens in den Rat. Der Betrag im Budget dient damit der Kostentransparenz des Budgets und ist keine Ausgabenkompetenz. Eine Streichung schon im Budget macht deshalb keinen Sinn.

Alex Rüegg (CVP) stimmt den Aussagen zu und empfiehlt, zu warten, bis die Vorlage in die Vorberatung kommt. Er weist aus eigener Erfahrung darauf hin, dass Eigenleistungen von Vereinen schwer monetär abzuschätzen sind.

Paul Christ (NIO@GLP) betont, dass auch eine Reduktion auf 0 keine Wirkung hat, da der Antrag in den Gemeinderat kommt.

Die Reduktion der Investition auf Konto 323.5010.101, Sanierung Kunstr. inkl. Zaun, um CHF 90'000 wird mehrheitlich genehmigt.

93	343.5060.103	Abgasabsauganlage Feuerwehrrhalle	-CHF 120'000.00	CHF 0.00	SR
----	--------------	-----------------------------------	-----------------	----------	----

Die Streichung von Konto 343.5060.103, Abgasabsauganlage Feuerwehrrhalle wird im Einverständnis mit dem Stadtrat und ohne Wortmeldung genehmigt.

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

95	610.5030.181	Schulraumprovisorien die RPK wünscht, die Abklärung der Machbarkeit in der Schulanlage Lättenwiesen im Trakt A im EG zwei Schulzimmer installiert werden und das Bibliothek-Lehrerzimmer zu einem Schulraum umgebaut wird. Somit könnten 75 Schüler (= drei Schulklassen), diese Räumlichkeiten nutzen und die Schulprovisorien zurückgestellt werden.	-CHF 3'000'000.00 Die RPK ist sich bewusst, dass auch bei Ihrer Idee Kosten entstehen. Solte die RPK Idee nicht durchführbar sein oder abschlägig bewertet werden, muss der fehlende Schulraum mit Provisorien ersetzt werden.	CHF 0.00 Die anfallenden Investitionskosten würden vermutlich als gebundene Kosten betrachtet werden müssen.	RPK
----	--------------	---	---	---	-----

Der RPK-Präsident beantragt eine Streichung.

Stadtrat Valentin Perego empfiehlt, die CHF. 3 Mio. im Budget zu belassen. Es wurde mit zwei Pavillons budgetiert, wobei zurzeit noch mit einem Pavillon gerechnet wird. Der effektive Bedarf wird ganz am Schluss entschieden und nur das dringend notwendige ausgelöst. Es wird nicht als sinnig erachtet, bestehende Zimmer provisorisch umzubauen und später wieder rückzubauen. Explizit für das Protokoll wird erwähnt, dass der Stadtrat sich bei negativem Entscheid des Gemeinderates vorbehält, die rechtliche Situation abzuklären und allenfalls Beschwerde einzureichen.

Der RPK-Präsident Peter Bühler betont, dass mit Provisorien zurückhaltend vorgegangen werden soll. Ein rechtlicher Zank ist allerdings unerwünscht.

Stadtpräsident Paul Remund ist erstaunt, dass die RPK bei gebundenen Ausgaben überhaupt auf die Idee kommt, Kürzungsvorschläge zu machen.

Richard Muffler (SVP) verweist auf das Schulhaus Schlieren. bei dem bis zur Fertigstellung alles an Räumen ausgenutzt wurde und mit möglichst wenig Provisorien operiert worden ist, was auch hier der Fall sein soll.

Regula Schmid-Fürst (GV) stellt die Verständnisfrage, ob denn eine umgebaute Bibliothek nicht genauso ein Provisorium darstellt wie ein Pavillon, oder sollen diese Umnutzungen beibehalten werden?

Für Richard Muffler (SVP) ist klar, dass diese Provisorien nicht mehr abgerissen, sondern weiter benutzt werden.

Paul Christ (NIO@GLP) stellt das Vorgehen der RPK grundsätzlich in Frage.

Der RPK-Präsident begründet die Umnutzung damit, dass damit Provisorien verhindert werden könnten. Die Vorlage von Provisorien könnte die Schulhausabstimmung erschweren.

Die Streichung der Investition auf Konto 610.5030.181, Schulraumprovisorien, wird mit 17:16 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

96	617.5030.167	Sanierung Turm Opfikon - Innensanierung die Innensanierung des Turmes ist nicht notwendig, es wäre sogar schade wenn man da etwas verändern würde.	-CHF 77'000.00	CHF 168'000.00	RPK
----	--------------	---	----------------	----------------	-----

Der RPK-Präsident beantragt eine Kürzung um CHF 77'000 und damit den Verzicht auf die Innensanierung des Opfiker-Turms.

Stadtrat Valentin Perego ist nicht grundsätzlich gegen eine Kürzung. Er erachtet die Verhältnismässigkeit aber nicht als gegeben, da dann bereits in wenigen Jahren wieder saniert werden muss, was sich nicht lohnt.

Die Streichung der Investition auf Konto 617.5030.167, Sanierung Turm Opfikon, wird mehrheitlich genehmigt.

96	617.5030.168	Neubau Mehrzweckhalle Kein Wettbewerb. Projekt von einer beste- henden Anlage übernehmen	-CHF 55'000.00	CHF 35'000.00	RPK
----	--------------	--	----------------	---------------	-----

Der RPK-Präsident beantragt eine Kürzung um CHF 55'000 und damit den Verzicht auf einen Wettbewerb.

Stadtrat Valentin Perego bittet, den Betrag stehen zu lassen, da er als Folge eines Auftrags einer Motion eingestellt wurde. Die Form der Ausschreibung ist offen, so ist auch eine TU-Ausschreibung denkbar. Für die Bearbeitung der Unterlagen ist Geld notwendig. Ein Abkupfern anderer Mehrzweckhallen ist kaum möglich, da kaum neuere Anlagen vorhanden sind, die den Raumansprüchen der Motionsüberlegungen entsprechen. Zudem sind die Terrainverhältnisse und Zugänge sicher unterschiedlich. Falls eine Planung nicht gewollt ist, ist die Motion schwer beantwortbar.

Tan Birlesik (SVP) glaubt, dass es durch aus möglich ist, Anlagen zu kopieren (neue Anlage Wetzikon). Es geht nicht darum genau zu kopieren, sondern bei den Architekten Erfahrungen einzuholen. Es soll keine Zeit mit einem Wettbewerb verloren werden.

Stadtrat Valentin Perego verweist darauf, dass das öffentliche Beschaffungswesen auch für Architekten gilt. Wenn keine offene Ausschreibung gemacht wird, werden Rekurse riskiert.

Richard Muffler (SVP) weist darauf hin, dass ein Wettbewerb nicht vorgeschrieben ist, sondern auch 3 oder 4 Architekten angefragt werden können.

Die Reduktion der Investition auf Konto 617.5030.168, Neubau Mehrzweckhalle, um CHF 55'000 wird mehrheitlich genehmigt.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen

In der Zwischenabstimmung wird dem Voranschlag 2014 der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen mit 34:0 Stimmen einstimmig zugestimmt.

3.3 Investitionsrechnung Finanzvermögen (FV)

Der Ratspräsident erteilt dem Präsidenten der RPK das Wort zum Voranschlag Investitionsrechnung Finanzvermögen.

Die RPK beantragt bei der Investitionsrechnung im Finanzvermögen keine Änderung.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen

In der Zwischenabstimmung wird dem Voranschlag 2014 der Investitionsrechnung im Finanzvermögen mit 34:0 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung Voranschlag 2014

Der Ratspräsident erteilt dem Präsidenten der RPK das Wort zur Schlussabstimmung Voranschlag 2014

Die Rechnungsprüfungskommission der Stadt Opfikon beantragt dem Gemeinderat,

den Voranschlag für das Jahr 2014 der Stadt Opfikon unter Berücksichtigung der verabschiedeten Änderungen zu genehmigen (Stimmenverhältnis 5:0).

Der Ratspräsident Daniel Peter schreitet zur Schlussabstimmung Voranschlag 2014.

Der Rat stimmt dem Voranschlag 2014 in der Schlussabstimmung mit 34:0 Stimmen einstimmig zu.

4. Steuerfuss 2014

Der Ratspräsident erteilt dem Präsidenten der RPK das Wort für den Steuerfuss 2014

Der RPK-Präsident Peter Bühler erläutert, dass die RPK in Bezug auf den Steuerfuss gleicher Meinung ist wie der Stadtrat. Die RPK stellt den Antrag (5:0), den Steuerfuss zu belassen. Momentan drängt sich keine Steuerfussveränderung auf.

Ob die Perspektiven des aktuellen Finanzplans 2013 – 2017 Tatsache werden, wird die Zukunft zeigen. Es ist jedoch erlaubt, auf ein optimistischeres Szenario zu hoffen.

Antrag

Die Rechnungsprüfungskommission der Stadt Opfikon beantragt dem Gemeinderat:

- für das Jahr 2014 eine Gemeindesteuer von 99% der Einfachen Staatssteuer von CHF 45'454'500 zu erheben. (Stimmenverhältnis 5:0)

Der Ratspräsident schreitet zur Schlussabstimmung Steuerfuss 2014:

Dem Antrag der Rechnungsprüfungskommission für eine Gemeindesteuer von 99 % für das Jahr 2014 wird mit 34: 0 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Der Ratspräsident schliesst damit die Budgetdiskussion und bedankt sich für die speditive Sitzung,

- 9 Genehmigung Voranschlag 2014 und Festsetzung
des erforderlichen Steuersatzes

F4.6.7

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates vom 8. Oktober 2013 und der Rechnungsprüfungskommission vom 18. November 2013 und der Diskussion im Rat sowie gemäss Art. 35, Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

B E S C H L I E S S T :

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

1. Der Voranschlag der Stadt Opfikon für das Jahr 2014 mit einem mutmasslichen Netto-Aufwandüberschuss von CHF 3'744'900 wird genehmigt.
2. Es wird eine Gemeindesteuer von 99% der einfachen Staatssteuer von CHF 45'454'500 erhoben.
3. Mitteilung an:
 - Stadtrat zum Vollzug
 - Schulpflege
 - Abteilungsleitende
 - Finanzabteilung (3 Originale)
 - Gemeinderat

AUFIS-Voranschlag_Genehmigung

Nachtrag zum Protokoll mit den definitiven Eckdaten des Voranschlags 2014:

Laufende Rechnung

CHF

Total Aufwand ohne Abschreibungen z.L. allg. Finanzhaushalt	123'108'490.00
Total Ertrag	125'820'590.00
Ertragsüberschuss ohne Abschreibungen	2'712'100.00
Ordentliche Abschreibung z.L. allg. Finanzhaushalt	6'347'000.00
Zusätzliche Abschreibungen z.L. allg. Finanzhaushalt	110'000.00
Aufwandüberschuss zu Lasten des Eigenkapitals	-3'744'900.00

Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen

CHF

Total Ausgaben	22'516'000.00
Total Einnahmen	1'090'000.00
Netto-Investitionen	21'426'000.00

Investitionsrechnung Finanzvermögen

CHF

Total Ausgaben	380'000.00
Total Einnahmen	13'550'000.00
Nettoveränderung = Abnahme Finanzvermögen	-13'170'000.00

Fraktionserklärung SVP von Rolf Wehrli (SVP)**Budget 2014 - Sparwille der Stadt Opfikon**

Die SVP-Fraktion weist seit mehreren Jahren darauf hin, dass lediglich so viel ausgegeben werden darf, wie auch Einnahmen zu erwarten sind. Bis anhin wurden wir nicht erhört, denn die Ausgaben steigen unaufhörlich Jahr für Jahr. Das Prozedere an der Budgetsitzung wiederholt sich daraufhin immer wieder aufs Neue. Auf die Frage, wo Einsparungen möglich sind, erhalten wir konsequent keine Antworten. Stattdessen heisst es, es handelt sich um zwingende oder seit neustem gebundene Ausgaben. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass dem bei Weitem nicht immer so war. Zu unserem Leidwesen müssen wir feststellen, dass wenn man kritische Punkte hinterfragt, oftmals die besagten Dokumente gar nicht existieren. Leider haben auch wir diese Tatsachen oftmals erst zu spät erkannt. So war es möglich, dass unnötigerweise Schulraum durch Gruppenräume vernichtet wurde oder dass sich unsere Stadt jahrelang mit einem unverdienten und zudem höchst fraglichen Energielabel präsentiert hat.

Ein Blick in die Zukunft zeigt eine schwierige finanzielle Situation für unsere Stadt. In diesem Punkt wird uns kaum eine andere Partei widersprechen. Jedoch ist für uns kaum eine Reaktion darauf erkennbar. Nennen wir einige Beispiele beim Namen:

Schulhaus Glattpark

Wie an der vergangenen Ratssitzung vom 30. September zu hören war, reagiert selbst die Seite der Befürworter für das Projekt irritiert und befremdet über die Höhe der zu erwartenden Kosten für ein neues Schulhaus im Glattpark. Unsere Fraktion begrüsst das Votum von Regula Schmid-Fürst, wonach das Wünschenswerte vom Zwingenden zu trennen ist. Diese Tatsache verlangen wir schon lange und zwar über das ganze Budget.

Am 27.11.2011 stimmte eine Mehrheit von 1466 der Opfiker Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen eine Minderheit von 1405 einem Planungskredit über CHF 550'000 zu. Damals war die Rede jedoch von einem um rund 15 Mio. weniger teuren Schulhaus. Heute stehen wir bei CHF 74,4 Mio. Dies ohne Betrachtung des Risikobetrags von +/- 20%. Für unsere Fraktion ist es nicht nachvollziehbar, wie man in unsere finanziellen Lage ein solches Projekt verfolgt, wo doch bereits ein anderes, weit günstigeres in der Schublade schlummert. Wo ist hier der Sparwille erkennbar?

Stellendach

Am 01. Juli 2013 wurde vom Gemeinderat der Antrag betreffend Stellendach angenommen. Einzige Partei, welche sich gegen ein Dach von zusätzlich gut 20 Vollzeitstellen aussprach, war die SVP. Im Aktuellen Budget 2014 sind bereits erste Auswüchse dieses Entscheids erkennbar. Die vorherig existierende Reserve wurde komplett aufgebraucht und auch die neu gebildete wurde bereits angekratzt. Gemäss Budget 2014 sollen 26 Vollzeitstellen geschaffen werden. Wo ist hier der Sparwille?

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

Gemäss Aussagen des Stadtrats muss ab kommenden Jahr auf die Sparbremse getreten werden. Unsere Fraktion kann nicht verstehen, wie sich vom Volk gewählte Leute, welche mehrmals bezeugten haushälterisch mit den vorhandenen finanziellen Mitteln umgehen zu wollen, erst zu einer späteren Zeit anfangen wollen zu sparen.

Für die SVP-Fraktion, Rolf Wehrli

Tan Birlesik bedankt sich herzlich bei allen für die Unterstützung des Stadtfestes 2013. Er lädt alle Anwesenden ein, ein Gesamtschulfoto mitzunehmen.

Schluss der Sitzung

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Daniel Peter macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Der Ratspräsident wünscht allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Opfikon, 5. Dezember 2013

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:

Willi Bleiker

SITZUNG VOM

2. Dezember 2013

Protokoll geprüft:

Datum:

Der Präsident:
Daniel Peter

.....

Die 1. Vizepräsidentin:
Heidi Kläusler-Gysin

.....

Die 2. Vizepräsidentin:
Franziska Driessen-Reding

.....